

Wahlprüfsteine Scientists4Future Bonn

Die Sektoren:

a) Energiewirtschaft (Emissionen im Jahr 2020: 221 Mio t CO₂-Äquivalent, Quelle: UBA).

Der Strombedarf könnte gemäß einer Analyse der Scientists for Future im Jahr im Jahr 2030 bei etwa 875 TWh liegen, wenn auch in den Bereichen Mobilität und Wärmeversorgung Elektrizität die primäre Energiequelle darstellt und der Einstieg in die Produktion von grünem Wasserstoff bereits stattgefunden hat (<https://doi.org/10.5281/zenodo.4409334>). Um diesen Energiebedarf zu decken, müssten jährlich 30 GW Photovoltaik und 9 GW Windenergie zusätzlich installiert werden. Dies bedeutet, dass der Ausbau um das ca. Dreifache für Windenergie und das Sechsfache für Photovoltaik erhöht werden müsste in Bezug auf die bisher gültigen Ausbaupläne.

Fragen:

1. Sollten Sie dieses Szenario nicht für realistisch halten, bitten wir Sie darzulegen, anhand welcher anderen Quellen Sie welchen anderen Bedarf für notwendig erachten.
2. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren ergriffen werden, um den jährlich erforderlichen Ausbau im projektierten Zeitplan sicherzustellen? Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?

Als SPD werden wir nach der Wahl unsere Stromerzeugung komplett auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen. Damit das gelingt, werden wir einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen abschließen, in dem verbindliche Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien festgelegt werden. Denn den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare schaffen wir nur in einem gemeinsamen Kraftakt. Darüber hinaus werden wir den Ausbau der Photovoltaik verstärkt ins Visier nehmen und in einem ersten Schritt alle öffentlichen Gebäude sowie alle gewerblichen Neubauten mit PV-Anlagen ausstatten. Langfristig wollen wir alle verfügbaren und geeigneten Dachflächen für die Erzeugung von Solarstrom nutzen. Damit die Bürger:innen von der Energiewende profitieren, werden wir Bürger:innenenergiemodelle stärken und so den Energiemarkt ein Stück weit gemeinwohlorientierter ausrichten.

3. Wie sollen die notwendigen Investitionen der öffentlichen Hand finanziert werden?

Die Bekämpfung des Klimawandels wird uns nur gelingen, wenn wir als Staat wieder aktiv in gute Infrastruktur investieren. Dazu gehören auch die Ausgaben, die für die notwendige Transformation unseres Landes hin zur Klimaneutralität erforderlich sind. Auch ein Investitionsstau ist eine Last für kommende Generationen. Daher streite ich dafür, dass wir als Staat wieder mehr investieren, auch in die Bekämpfung des Klimawandels. Um diese Investitionen zu finanzieren, werden wir hohe Einkommen stärker besteuern. Denn wer mehr verdient, sollte auch mehr zum Gemeinwohl beitragen. Darüber hinaus werden wir eine Vermögenssteuer einführen. Wer

ein großes Vermögen hat, sollte auch mehr zum Gemeinwohl finanziell beitragen.

4. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

Die Herausforderung besteht darin unseren Industriestandort radikal ökologisch umzubauen, neue Technologie anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ohne ihn zu gefährden. Das wird uns nur gelingen, wenn die richtige Balance zwischen wirtschaftlichen Anreizen und Regulierungen gewählt wird. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass nicht diejenigen für den Umbau zahlen, die ohnehin schon wenig haben. Gute Klimapolitik muss immer auch Umverteilungspolitik sein. Dabei darf auch der Blick über Deutschland und Europa hinaus nicht fehlen. Wir müssen auch international die Produktionsbedingungen so verbessern, dass sie ökologisch sind. Hierfür haben wir mit dem Lieferkettengesetz den richtigen Weg eingeschlagen, er muss nun aber konsequent weitergegangen werden und das Gesetz um Haftung und ökologische Standards, sowie eine umfassende Wertschöpfungskette ergänzt werden. Auch im Freihandel müssen ökologische Standards zentral sein. Die Chancen des Wandels in den Mittelpunkt zu rücken und aufzuzeigen, dass die Erde mit uns nicht verhandeln wird und wir innovativ genug sind, um mit dem Umbau unserer Wirtschaft auch mehr Gerechtigkeit zu schaffen – das wird die zentrale Aufgabe der Politik sein. Hierin sehe ich auch gerade als junge Kandidatin meinen Auftrag: Denn meine Generation ist so sehr darauf angewiesen wie keine andere, dass sich jetzt etwas verändert.

b) Industrie (178 Mio t CO₂-Äquivalent)

Für die Erzeugung industrieller Güter werden große Mengen Treibhausgase freigesetzt, insbesondere bei der Herstellung von Zement, Stahl und chemischen Produkten. Diese Industriezweige beschäftigen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, und eine Verlagerung ins Ausland wäre auch aus klimapolitischer Perspektive keine Lösung. Eine Umstellung auf nachhaltigere Produktionsweisen sichert die Zukunft des Standortes Deutschland.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren ergriffen werden, um die industrielle Produktion so zu transformieren, dass sie mit den Klimazielen von Paris kompatibel ist?

Der Umbau unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität wird eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir müssen auch unsere Industrie auch 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen. In besonders energieintensiven Bereichen, wie etwa der Stahlproduktion, werden wir auf grünen Wasserstoff als Energieträger setzen. Im Einklang mit dem European Green Deal werden wir eine langfristige Industriestrategie für diesen Umbau schaffen. Denn wir wollen Deutschland zum Exportstandort für nachhaltige Technologien machen. Darüber hinaus werden wir unser

Wirtschaftssystem in eine Kreislaufwirtschaft umstellen, um wertvolle Rohstoffe nachhaltiger nutzen zu können.

2. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?

Ein Umbau der Wirtschaft in dieser Größenordnung kann nur gelingen, wenn der Staat hierbei eine aktive und gestaltende Rolle einnimmt. Wir werden Investitionen in nachhaltige Produktionsprozesse fördern und die derzeitigen Mehrkosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen. Ebenso werden wir klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen. Darüber hinaus werden wir die Industrie vor Ort stärken und die Verlagerung der Produktion ins Ausland unattraktiv machen.

3. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

Es wird eine Herausforderung, alle Beteiligten davon zu überzeugen, gemeinsam diesen Weg hin zur Klimaneutralität zu gehen. Ich bin aber überzeugt, dass sich die Investitionen in nachhaltige Produktionswege langfristig lohnen werden und werde daher dafür werben, dass wir gemeinsam diesen Weg gehen werden. Mit einem progressiven Bündnis unter einem sozialdemokratischen Kanzler, welches sich gemeinsam dem Klimaschutz verpflichtet fühlt, wird uns das auch gelingen.

c) Verkehr (146 Mio t CO₂-Äquivalent)

Neue integrierte Mobilitätskonzepte mit einem effizienten öffentlichen Nah- und Fernverkehr, einer gut ausgebauten Infrastruktur für sicheren Fuß- und Radverkehr und einer Priorisierung des Schienentransports beim Güterverkehr sind zentrale Bausteine einer nachhaltigen Verkehrswende.

1. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie innerhalb der nächsten 4 Jahre die Infrastruktur auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene verbessern? Welche Bereiche haben für Sie Priorität? Wie wollen Sie die Spielräume für Kommunen, ihre eigenen Mobilitätsmaßnahmen zu entwickeln, vergrößern?

Wir wollen in Deutschland das modernste Mobilitätssystem in ganz Europa schaffen. Kernbaustein dieses Mobilitätssystems soll eine Mobilitätsgarantie für alle Bürger:innen sein: jede:r soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr haben – egal, ob auf dem Land oder in der Stadt. Um die Kosten von Bus und Bahn zu senken, werden wir Modelle wie das 365-Euro-Ticket nutzen, aber auch ticketfreie Modellprojekte testen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir in Bonn als internationale Klimastadt ein Modellstandort für den ticketlosen Nahverkehr werden. Wir werden den Radverkehr sicherer gestalten, wir werden mehr Geld in den Ausbau von Bus und Bahn stecken und die Kommunen dabei finanziell nicht allein lassen. Und wir werden mehr Verkehr aus der Luft auf die Schiene verlagern. Gleiches gilt auch für den

Güterverkehr, den wir von der Straße auf die Schiene bringen wollen.

2. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?

Der Umbau unseres Mobilitätssystem erfordert vor allem einen Staat, der aktiv in die Verkehrsinfrastruktur investiert und nachhaltige Verkehrsmittel stärkt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir diese Investitionen tätigen werden und so nachhaltige Fortbewegungsmittel stärken können.

3. Wie sollen die notwendigen Investitionen der Länder und Kommunen finanziert werden?

Die Bekämpfung des Klimawandels wird uns nur gelingen, wenn wir als Staat wieder aktiv in gute Infrastruktur investieren. Dazu gehören auch die Ausgaben, die für die notwendige Transformation unseres Landes hin zur Klimaneutralität erforderlich sind. Auch ein Investitionsstau ist eine Last für kommende Generationen. Daher streite ich dafür, dass wir als Staat wieder mehr investieren, auch in die Bekämpfung des Klimawandels. Um diese Investitionen zu finanzieren, werden wir hohe Einkommen stärker besteuern. Denn wer mehr verdient, sollte auch mehr zum Gemeinwohl beitragen. Darüber hinaus werden wir eine Vermögenssteuer einführen. Wer ein großes Vermögen hat, sollte auch mehr zum Gemeinwohl finanziell beitragen.

4. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

Auch im Bereich Verkehr ist in den vergangenen Jahren durch die konservativen Verkehrsminister viel liegengeblieben. Diesen Rückstand aufzuholen wird die Herausforderungen in den kommenden Jahren und ich hoffe, das in einem progressiven Bündnis unter einem sozialdemokratischen Kanzler umsetzen zu können.

d) Gebäudebereich (120 Mio t CO₂-Äquivalent)

Über 50% des Endenergieverbrauchs wird für die Wärmeversorgung von privaten Haushalten, Gewerbe- und Industrieanlagen benötigt, und zwar 50% für Raumwärme, 40% für Prozesswärme, 10% für Warmwasser. Obwohl technische Lösungen zur Effizienzsteigerung bestehen und entsprechende Förderprogramme aufgesetzt wurden, geht die Sanierung viel zu langsam voran, um die notwendigen CO₂-Einsparungen zu erreichen.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren ergriffen werden, um die erforderlichen energetischen Sanierungsmaßnahmen im projektierten Zeitplan sicherzustellen? Mit dem CO₂-Preis haben wir ein gutes Instrument, um Investitionen in Wärmeinfrastruktur zu lenken. Leider verfehlt der CO₂-Preis bisher im Wohnbereich seine Wirkung, da er voll auf die Mieter:innen

umgelegt wird. Das ist ungerecht und wir werden das ändern. Nur wenn auch Vermieter:innen durch eine klimaschädliche Heizmethode finanziell belastet werden, setzt das einen Anreiz, auf klimaschonendere Methoden umzusteigen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass bis 2030 fünf Millionen Häuser über eine nachhaltige Wärmezeugung verfügen. Das werden wir mit Förderprogrammen weiter unterstützen.

2. Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?

Wir werden Regelungen schaffen, die den CO₂-Preis auf die Vermieter:innen umlegt, um Mieter:innen, die keinen Einfluss auf die Wärmezeugungsmethode haben, zu entlasten und gleichzeitig einen Anreiz für den Wechsel auf eine klimaschonende Wärmezeugung bei den Vermieter:innen zu setzen.

Insgesamt ist dann der CO₂-Preis ein guter Anreiz, in klimaschonende Wärmezeugung zu investieren. Darüber hinaus werden wir den Wechsel auf klimafreundliche Wärmezeugung mit Förderprogrammen unterstützen.

3. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?

Mit einem progressiven Bündnis unter einem sozialdemokratischen Kanzler, welches sich der Klimaneutralität verpflichtet fühlt, wird uns auch im Gebäudesektor die Erreichung der Klimaziele gelingen.

e) Landwirtschaft (66 Mio t CO₂-Äquivalent)

In der Landwirtschaft sind neben CO₂ Methan und Stickoxide bedeutende Treibhausgase, die bei Reduktionsmaßnahmen berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus gibt es vielschichtige ökologische Probleme, wie Artensterben, Bodenerosion, Pestizid- und Nitratbelastung. Die Kombination von zunehmender Trockenheit, Extremwetterereignissen und den ökologischen Problemen wird national und global zu gravierenden Ernteausschlägen führen. Hinzu kommen Waldschäden in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Gleichzeitig bieten Land- und Forstwirtschaft zumindest theoretisch Potenzial, Kohlenstoff zu binden und somit anderweitige Emissionen zu kompensieren.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen in den nächsten 4 Jahren initiiert werden, um eine ökologisch nachhaltige Land- und Forstwirtschaft bis 2030 zu erreichen? Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind hierfür auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich?

Bei der Erreichung der Klimaziele spielt die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie

schaden Verbraucher:innen, Landwirt:innen und fair handelnden Wettbewerbern.

In der Nutztierhaltung werden wir uns konsequent für die Verbesserung des Tierwohls einsetzen und ein transparentes und wirksames Tierwohllabel einführen.

Wir werden natürliche Kohlenstoffsinken wie Moore und Wälder stärken und schützen. Moore müssen wieder vernässt werden und Wälder müssen so umgebaut werden, dass sie an den Klimawandel angepasst werden.

2. Wie soll der Umbau der Land- und Forstwirtschaft finanziert werden? Die Bekämpfung des Klimawandels wird uns nur gelingen, wenn wir als Staat wieder aktiv investieren. Dazu gehören auch die Ausgaben, die für die notwendige Transformation unseres Landes hin zur Klimaneutralität erforderlich sind. Daher streite ich dafür, dass wir als Staat wieder mehr investieren, auch in die Bekämpfung des Klimawandels. Um diese Investitionen zu finanzieren, werden wir hohe Einkommen stärker besteuern. Denn wer mehr verdient, sollte auch mehr zum Gemeinwohl beitragen. Darüber hinaus werden wir eine Vermögenssteuer einführen. Wer ein großes Vermögen hat, sollte auch mehr zum Gemeinwohl finanziell beitragen.
3. Was sind die größten Hürden, dies zu realisieren, und welche Lösungen schlagen Sie hierfür vor?
Landwirtschaft, die Artenvielfalt erhält und das Klima schützt, ist derzeit oftmals noch ein Wettbewerbsnachteil und daher fällt es schwer, Landwirte von mehr Klimaschutz zu überzeugen, wenn sie dadurch finanzielle Nachteile erfahren. Mit den entsprechenden Subventionen ändern wir das und können so deutlich mehr Landwirte davon überzeugen, das Klima zu schützen.